



### **Familienbesteuerung**

Der Nationalrat nimmt einen neuen Anlauf: Er hat sich am Montag für deutlich höhere Steuerabzüge für die familienexterne Kinderbetreuung ausgesprochen. Eine gleichzeitige Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs lehnte er aber ab. Dieses Konstrukt hatte im vergangenen September an der Urne Schiffbruch erlitten. Das Gesetz über die direkte Bundessteuer soll gemäss neuem Beschluss so angepasst werden, dass für die familienexterne Kinderbetreuung von Kind und Jahr bis zu 25'000 Franken abgezogen werden können, maximal aber die effektiven Betreuungskosten. Der Nationalrat stimmte der Vorlage deutlich zu. Die SVP hatte vergebens Nichteintreten verlangt. Die Gesetzesänderung geht in den Ständerat.

### **Coronavirus**

Zugangsbeschränkungen an Veranstaltungen und in öffentlich zugänglichen Einrichtungen sollen auch für Personen mit Covid-19-Zertifikat gelten. Der Nationalrat hat entschieden, dass es für diese Personen keine Ausnahmen geben soll. Er folgte der Mehrheit seiner Wissenschaftskommission (WBK-N) und strich eine entsprechende Bestimmung wieder aus dem Covid-19-Gesetz. Er kam damit auf einen bereits besiegelten Beschluss zurück. Nun muss noch der Ständerat entscheiden. Noch nicht einig sind sich die Räte auch in der Frage, wie lange in der Pandemie die Kultur unterstützt werden soll. Der Nationalrat will dies bis Ende April 2022, der Ständerat bis Ende Jahr. Der Ständerat ist nun wieder am Zug.

### **Ausschaffungen**

Seit Ende 2016 sollen kriminelle Ausländer und Ausländerinnen per Gesetz schneller des Landes verwiesen werden. Bei der Umsetzung harzt es aber. Der Nationalrat will nun bei leichten, aber eindeutigen Fällen Landesverweisungen per Strafbefehl zulassen. Weiter soll der Bundesrat dafür sorgen, dass Bund und Kantone die Datenerhebung zu den Landesverweisungen und zur Anwendung der Härtefallklausel so rasch wie möglich harmonisieren. Die grosse Kammer hat einer entsprechenden Motion der Staatspolitischen Kommission (SPK-N) mit klarem Mehr zugestimmt. Als nächstes ist der Ständerat am Zug.

### **Ausländerrecht**

Vorläufig aufgenommene Personen sollen im Schengenraum unter bestimmten Bedingungen reisen dürfen. Der Nationalrat hat sich am Dienstag gegen ein absolutes Reiseverbot ausgesprochen und will Reisen etwa für die Ausbildung, Besuche von Familienmitgliedern oder Sport- und Kulturanlässe erlauben. Gegen die Ausnahmeregelungen im Gesetz sprachen sich die Mitte und die SVP, aber nicht die FDP aus. Ausserdem hat der Rat einer Regelung zugestimmt, die es vorläufig Aufgenommenen erlaubt, für die Arbeit den Wohnkanton zu wechseln. Dies solle bereits nach sechs Monaten Beschäftigung möglich sein - und nicht erst nach zwölf Monaten, wie vom Bundesrat vorgesehen. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die abgeänderte Vorlage mit 132 zu 50 Stimmen bei 7 Enthaltungen an. Das Geschäft geht an den Ständerat.

### **Schweiz-EU**

In einer hitzigen Debatte hat der Nationalrat eine Auslegeordnung zur Europapolitik vorgenommen. Der Verhandlungsabbruch wurde von fast allen Fraktionen bedauert. Nur die SVP sprach von einem Freudentag. Die SVP sei auch nicht bereit die Kohäsionsmilliarde zu bezahlen, hielt Roger Köppel (ZH) fest. Die SP verlangte, dass eine ernste Debatte über einen EU-Beitritt geführt wird.



Die Grünliberalen forderten den Bundesrat auf, die Verhandlungen um ein Rahmenabkommen wieder aufzunehmen. Die Grüne Fraktion warf dem Bundesrat vor, den Entscheid ohne einen "Plan B" gefällt zu haben. Für die FDP-Fraktion sind starke bilaterale Beziehungen unverzichtbar und die Mitte möchte die Beziehungen zu den Nachbarstaaten verstärken.

### **Parteispenden**

Künftig müssen sich sowohl die Mitglieder des Nationalrats als auch des Ständerats an die neuen Transparenzregeln bei der Politikfinanzierung halten. Anders als der Nationalrat wollte der Ständerat bislang, dass seine Mitglieder davon ausgenommen sind. Nach dem Vorschlag der Einigungskonferenz sind aber beide Räte damit einverstanden. Der Nationalrat hat dem Vorschlag der Einigungskonferenz zugestimmt. Die übrigen Eckpunkte waren bereits früher geregelt worden. So müssen ab einer Höhe von 15'000 Franken Beiträge an Parteien und Komitees offengelegt und Kampagnengelder ab 50'000 Franken ausgewiesen werden. Das Geschäft geht in die Schlussabstimmung. Kommt es durch, dürfte die Transparenzinitiative zurückgezogen werden.

### **Erbrecht**

Der Nationalrat ist einverstanden damit, die Regeln für grenzüberschreitende Erbfälle dem EU-Recht anzunähern. Er hat einer Anpassung des internationalen Erbrechts mit 137 zu 51 Stimmen zugestimmt. Ziel ist es, dass in einem grenzüberschreitenden Erbfall nicht mehrere Behörden und Staaten tätig werden. Es könne sein, dass bei einem Todesfall neben der Schweiz auch andere Staaten die Zuständigkeit im Erbfall für sich beanspruchen, sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter. Einzig die SVP-Fraktion stellte sich gegen die Anpassung. Es gebe keinen Handlungsbedarf, sagte SVP-Nationalrat Pirmin Schwander (SZ), materielle Widersprüche könnten mit der Gesetzesänderung nicht gelöst werden. Zudem seien Kompetenzkonflikte im Erbrecht "normal". Die Vorlage geht an den Ständerat.

### **Medienförderung**

Die künftige Medienförderung ist nach zähem Ringen unter Dach und Fach. Während sieben Jahren werden die Medien in der Schweiz direkt und indirekt mit 120 Millionen Franken mehr gefördert als bisher. Von den millionenschweren Massnahmen profitieren Printmedien, die Mitglieder- und Stiftungspressen, Onlinemedien, Nachrichtenagenturen und die Medienausbildung. Der Nationalrat hat die letzte Differenz mit dem Ständerat bereinigt. Er stimmte dem Antrag der Einigungskonferenz mit 130 zu 46 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Für die Gebührenanteile für konzessionierte private Veranstalter gilt demnach eine Bandbreite von 6 bis 8 Prozent. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung vom Freitag.

### **Coronavirus**

Im Parlament ist umstritten, ob Personen mit einem Covid-Zertifikat von den Zugangsbeschränkungen ausgenommen werden sollen. Während der Ständerat solche Ausnahmen für Geimpfte, Getestete und Genesene befürwortet, lehnt der Nationalrat dies ab. Seine Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) sah zu viele ungelöste Fragen, etwa die Trennung von Personen mit und ohne Zertifikat. Nun muss sich die Einigungskonferenz mit der Frage befassen. Geeinigt haben sich die Räte bei der Hilfe für die Kultursparte. Sie soll bis Ende Jahr laufen. Der Nationalrat schwenkte auf die Linie des Ständerats ein.



## Energiewende

Der Nationalrat will neue Windenergie-, Kleinwasserkraft-, Biogas-, Geothermie- und Fotovoltaikanlagen ab 2023 mit einmaligen Investitionsbeiträgen fördern. Er hat am Mittwoch eine entsprechende Vorlage gutgeheissen. Es handelt sich um eine Übergangslösung. Biogas, Kleinwasserkraft, Wind und Geothermie wurden bisher hauptsächlich mit der kostenorientierten Einspeisevergütung (KEV) unterstützt. Die KEV läuft Ende 2022 aus. Die von beiden Parlamentskommissionen angenommene parlamentarische Initiative von Bastien Girod (Grüne/ZH) möchte verhindern, dass danach eine Lücke bei den Förderinstrumenten entsteht. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Änderungen im Energiegesetz mit 187 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Für die SVP besteht die grösste Herausforderung der künftigen Energie- und Klimapolitik darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die mittel- und langfristig die Versorgungssicherheit mit inländischem Strom gewährleisten.

Dies ist angesichts des beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie eine Herkulesaufgabe. Um die Kernkraft zu ersetzen, sind Investitionen in Anlagen nötig, die jährlich 24 Terawattstunden Elektrizität produzieren. Denn alleine für die Elektrifizierung von Gebäuden und Nahverkehr sind gemäss EMPA zusätzlich mindestens 15 Terawattstunden nötig. Der Gesamtzusatzbedarf beläuft sich also auf 39 Terawattstunden. Das sind fast zwei Drittel der heute bereits bestehenden Stromproduktion von 60 Terawattstunden. Entsprechend wichtig ist, dass insbesondere in ganzjährig verfügbare Stromquellen wie Wasserkraft und Biogasanlagen oder hochalpine Solarkraftwerke investiert wird.

Die vom Nationalrat dank der SVP angenommene Gesetzesanpassung ermöglicht die Förderung dieser Energiequellen basierend auf den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln von 2.3 Rappen pro Kilowattstunde. Gleichzeitig können auch die bisher über die kostendeckende Einspeisevergütung unterstützten Projekte, wie Solar- oder Windenergie mit Investitionsbeiträgen gefördert werden.

## Nahrungsmittel

Das Parlament will eine obligatorische Deklarationspflicht für in der Schweiz verbotene Produktionsmethoden einführen. Dies sowohl bei pflanzlichen als auch bei tierischen Produkten. Der Nationalrat hat einer entsprechenden Motion aus dem Ständerat zugestimmt. Künftig sollen Produktionsart und Herkunft klar ersichtlich sein. Wie genau die Deklaration aussehen soll, lässt die Motion offen. Der Bundesrat befürchtet, dass die Schweiz mit der engen Formulierung der Motion Probleme mit Vorschriften der Welthandelsorganisation (WTO) bekommen könnte.

## Aufhebung der besonderen Lage

Die SVP-Fraktion möchte den Bundesrat verpflichten, die "besondere Lage" gemäss Epidemienengesetz sofort aufzuheben. Sie steht mit ihrem Anliegen alleine da. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion abgelehnt - mit 127 zu 54 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Laut der SVP sind die gesetzlichen Voraussetzungen für die "besondere Lage" nicht mehr gegeben. Das Parlament müsse das Zepter bei der Krisenbewältigung wieder übernehmen. Die Mehrheit im Nationalrat sah keinen parlamentarischen Handlungsbedarf in dieser Frage. Gesundheitsminister Alain Berset sagte, dass der Bundesrat die "besondere Lage" schnellstmöglich aufheben wolle - in enger Absprache mit den Kantonen.



## **Gesundheitswesen**

Wer am Lebensende auf Pflege angewiesen ist, soll die Unterstützung überall in der Schweiz bedarfsgerecht erhalten. Das Parlament verlangt mit einer Motion, dass der Bundesrat die entsprechende gesetzliche Grundlage schafft. Geklärt werden sollen die Definition von Palliative-Care-Leistungen, die Tarifierung und Vergütung und die Finanzierung. Mit den Strukturen im Gesundheitswesen und aufgrund der Demografie sei es heute nicht möglich, die zunehmende Anzahl sterbender Menschen angemessen zu betreuen, hatte die Gesundheitskommission des Nationalrats (SGK-N) einstimmig argumentiert. Der Bundesrat war bereit, die Arbeiten aufzunehmen. Der Nationalrat gab ihm nun grünes Licht dazu.

## **Kulturerbe**

Der Bundesrat soll dem Parlament bis Ende 2022 aufzeigen, wie das Kulturerbe der Schweiz bewahrt und gepflegt werden kann. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion mit 134 zu 51 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Gemäss Vorstoss soll der Bundesrat ein Konzept vorlegen, welches übergeordnet für alle Kultursektoren die Ziele, Handlungsfelder, Umsetzungsmassnahmen, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der einzelnen Akteure sowie die Finanzierung beschreibt. Es fehle ein Gesamtkonzept, das sämtliche Bereiche umfasse. Kulturminister Alain Berset erklärte sich bereit, den Auftrag anzunehmen. Die SVP wehrte sich erfolglos gegen zusätzliche Massnahmen und eine weitere Aufblähung des Verwaltungsapparates, wie Martin Haab (SVP/ZH) im Rat erklärte.

## **Kultur**

Der Nationalrat will Buchhandlungen für Kulturvermittlungsprojekte zugunsten des literarischen und kulturellen Erbes der Schweiz nicht subsidiär mit Bundesgeldern unterstützen. Er hat eine entsprechende Motion seiner Kulturkommission (WBK-N) abgelehnt - mit 94 zu 84 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Die bürgerlichen Fraktionen argumentierten erfolgreich, dass Buchhandlungen eindeutig in den Kompetenzbereich der Kantone und Städte gehörten. Eine Sonderlösung für die Förderung von Buchhandlungen auf nationaler Ebene sei nicht angezeigt, sagte auch Kulturminister Alain Berset. Mit dem Nein ist die Motion vom Tisch.

## **Invalidenversicherung**

Der Nationalrat will die aktuelle Finanzierungspraxis der Invalidenversicherung zu Dienstleistungen von Dritten anpassen. Künftig sollen IV-Versicherte die Kosten beispielsweise für Gebärdensprachdolmetschende, Vorlese- oder Transportdienste flexibel im Sinne eines Jahreskontingents verrechnen können. Die grosse Kammer hat eine entsprechende Motion ihrer Sozialkommission (SGK-N) angenommen - gegen den Willen der SVP. Die Mehrheit argumentierte, dass die heute geltende monatliche Vergütungspraxis es den Betroffenen verunmögliche, arbeitsintensivere Monate mit weniger intensiven Monaten zu kompensieren. Die Motion geht an den Ständerat.

## **Ernährung**

Der Bundesrat muss in einem Bericht darlegen, welche nationalen und kantonalen Angebote im Bereich "Jugend und Ernährung" bestehen, wie diese finanziert werden und an welche Zielgruppe sie sich wenden. Diesen Auftrag hat ihm der Nationalrat mit einem überwiesenen Postulat seiner Bildungskommission (WBK-N) erteilt. Der Bundesrat war der Ansicht, dass im Bereich Jugend und Ernährung bereits ein vielseitiges, gut koordiniertes und leicht zugängliches Angebot bestehe.



Ein weiterer Bericht sei daher nicht notwendig. Im Rat lehnte nur die SVP und ein Teil der FDP- und Mitte-Fraktion das Postulat ab.

### **Pensionskassen**

Der Bundesrat soll die Pensionskassen mit einer Anpassung der AHV-Verordnung kompetenter machen beim Risikomanagement. Der Nationalrat hat einen entsprechenden Vorstoss seiner Gesundheitskommission (SGK-N) gegen den Willen der Landesregierung mit 123 zu 65 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Von den Kassen müsse mehr Anlagekompetenz inklusive Wissen zur "Green Finance" eingefordert werden. Es gebe keine Mindestanforderungen an das Wissen der Entscheidungskräfte, sagte Andri Silberschmidt (FDP/ZH) im Namen der Mehrheit der Kommission. Barbara Gysi (SP/SG) warnte im Namen der Kommissionsminderheit umsonst vor einem drohenden "Risikopoker" der Stiftungsräte.

### **Pandemiefolgen**

Der Bundesrat soll "in einem dringlichen Bericht" aufzeigen, welche Auswirkungen die Corona-Krise auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hat. Gleichzeitig soll er konkrete Massnahmen zur Wahrung der psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherstellung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorschlagen. Das will der Nationalrat. Er hat gegen den Willen der SVP ein entsprechendes Postulat an die Regierung überwiesen. Der Bundesrat war mit der Annahme des Vorstosses einverstanden.

### **Long-Covid**

Der Bund soll die Erforschung und Begleitung von Long-Covid-Fällen mit ausreichend finanziellen Mitteln unterstützen und einen Bericht über die Langzeitauswirkungen namentlich auf die Sozialversicherung und die Armutrisiken an die Hand nehmen. Langwierige Genesungsprozesse seien ein Risiko für die Betroffenen und die Volkswirtschaft und namentlich in der Versicherungslogik nicht vorgesehen, sagte Melanie Mettler (GLP/BE). In diesem Sinne hat der Nationalrat zwei Vorstösse überwiesen. Zwar würden schon verschiedene wissenschaftliche Studien laufen. Aber ein diesbezügliches Signal aus der Politik sei trotzdem wichtig, sagte Jörg Mäder (GLP/ZH) für die Mehrheit der Kommission. Eine Minderheit befand dies für überflüssig. Vieles sei bereits im Gang, die Ressourcen vorhanden, sagte Thomas de Courten (SVP/BL).

### **Bundesgericht**

Der Grüne Stephan Hartmann und die Sozialdemokratin Marianne Ryter sind neue Richter respektive neue Richterin am Bundesgericht. Beide wurden von der Vereinigten Bundesversammlung für den Rest der Amtsperiode bis 2026 gewählt. Ryters Wahl verlief nicht ohne Nebengeräusche. Während Hartmann von allen Fraktionen unterstützt wurde, wollte die SVP Ryter, die derzeitige Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts, noch nicht wählen und zuerst im Raum stehende Vorwürfe gegen sie klären. Nachdem sie mit ihrem Antrag um Verschiebung unterlag, empfahl die SVP den Sozialdemokraten Markus Berger zur Wahl. Dieser erhielt 58 Stimmen.

### **Forschungsförderung**

Die Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) erhält nach dem Willen des Nationalrats mehr Spielraum.





Flexibler gehandhabt werden soll namentlich die finanzielle Beteiligung der Unternehmen. Der Nationalrat hat am Donnerstag mit 187 zu 0 Stimmen und mit einer Enthaltung Gesetzesänderungen dazu genehmigt. Neu geregelt wird unter anderem die Beteiligung von Innosuisse an Projekten. Gemäss dem Entscheid des Nationalrates sollen es neu zwischen 30 und 50 Prozent sein. Die Vorlage geht an den Ständerat.

### **Covid-Zertifikat**

Personen mit Covid-Zertifikat, so genannte "3G"-Zertifizierte, sollen nicht von Zugangsbeschränkungen für Veranstaltungen und Messen ausgenommen werden. Das hat das Parlament auf Antrag der Einigungskonferenz beschlossen. Der Ständerat hätte solche Privilegien für Genesene, Geimpfte und negativ Getestete gerne ins aktualisierte Covid-19-Gesetz geschrieben, fügte sich aber schliesslich dem Nationalrat. Es gebe zu viele ungelöste Fragen, etwa die Trennung von Personen mit und ohne Zertifikat, war dessen Hauptargument. Das revidierte Covid-19-Gesetz ist bereit für die Schlussabstimmung.

### **Bundesfinanzen**

Der Nationalrat hat Gesetzesänderungen zugestimmt, die die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs regeln. Vorgaben zu einem zentralen Daten-Analysesystem, die bisher auf Verordnungsstufe geregelt waren, werden im Gesetz verankert. Die Änderung des Gesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) gehörte ursprünglich zu einer Sammelvorlage mit dem Titel "Administrative Erleichterungen und Entlastung des Bundeshaushalts". Die Büpf-Änderung wurde aber vom Nationalrat im Dezember für vertiefte Abklärungen in eine separate Vorlage ausgegliedert. Diese hiess der Rat nun mit 105 zu 80 Stimmen gut. Sie geht an den Ständerat.

### **Landwirtschaft**

Bauern sollen ihre Gülle künftig mit dem Schleppschlauch ausbringen müssen, wenn es die Bedingungen zulassen. Der Nationalrat hält am ab 2022 vom Bundesrat beschlossenen Schleppschlauch-Obligatorium fest. Eine Motion aus dem Ständerat, die es vor der Einführung wieder abschaffen und der Gebrauch dieses Systems weiter finanziell fördern wollte, lehnte der Nationalrat mit 102 zu 83 Stimmen ab. Im Nationalrat setzten sich die Minderheit der Wirtschaftskommission und der Bundesrat durch. Die Motion von Ständerat Peter Hegglin (Mitte/ZG) ist damit vom Tisch.

### **Internet**

Der Bundesrat erarbeitet im Auftrag des Nationalrats eine Hochbreitbandstrategie. Dabei soll er insbesondere aufzeigen, wie die Entwicklung der Internetversorgung der Schweiz dort sichergestellt werden kann, wo der Markt in den nächsten Jahren nicht die gewünschte Versorgung mit Hochbreitband von über achtzig Megabit pro Sekunde erreicht. Die grosse Kammer hat ein entsprechendes Postulat ihrer Fernmeldekommission (KVF-N) stillschweigend an die Regierung überwiesen. Die KVF-N schlägt eine öffentliche Förderung vor, "die weder zu Wettbewerbsverzerrungen führt noch private Investitionen in den Netzausbau hemmt".

### **Nationalsozialismus**

Der Nationalrat will einen Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus schaffen. Er hat eine entsprechende Motion von Alfred Heer (SVP/ZH) stillschweigend angenommen.



Stimmt auch der Ständerat zu, wird der Bundesrat mit den Arbeiten beauftragt. Gemäss Motionstext soll der Gedenkort "die Erinnerung wachhalten und durch Vermittlungsarbeit das Bewusstsein für die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaat, insbesondere bei jungen Menschen, stärken". Die Regierung beantragt die Annahme der Motion.

### **Justiz**

Eine im Jahr 2013 eingereichte parlamentarische Initiative verlangt eine Haftung des Staates, falls eine wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts verurteilte Person bedingt entlassen wird oder Strafvollzugslockerungen erhält und daraufhin erneut ein solches Verbrechen begeht. Die im Jahr 2018 durchgeführte Vernehmlassung zu einem Vorentwurf hat ergeben, dass das Vorhaben auf fast einhellige Ablehnung stösst. Der Nationalrat kam nun mit 135 zu 53 Stimmen bei einer Enthaltung zum Schluss, dass ein Weiterverfolgen des Projekts aussichtslos ist und schrieb das Geschäft ab. Die SVP wehrte sich erfolglos dagegen.

### **Schlussabstimmungen**

16 Vorlagen haben der National- und der Ständerat am Freitag zum Ende der Sommersession parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht. Darunter ist das aktualisierte Covid-19-Gesetz, das unter anderem die Erwerbsausfallentschädigung bis Ende Jahr verlängert. Verabschiedet wurden weiter das Bundesgesetz zur Abschaffung der Stempelsteuer sowie das Medienförderungspaket im Umfang von 120 Millionen Franken im Jahr. Gegen diese drei Vorlagen ist bereits ein Referendum angekündigt.

Bern, im Juni 2021  
David Zuberbühler